



SFB/Transregio 266

ACCOUNTING FOR TRANSPARENCY

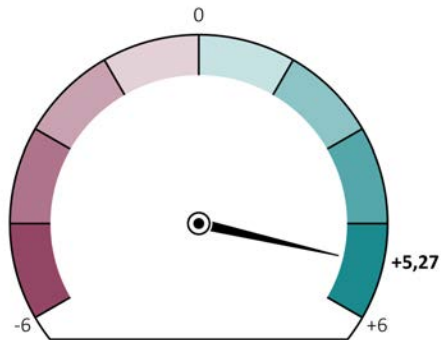
German Business Panel

Betriebswirtschaftliche Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in Deutschland

GBP-Monitor: Unternehmenstrends im Februar 2022

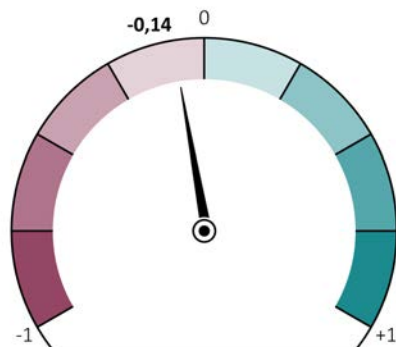
Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“

Die Ergebnisse der GBP-Unternehmenstrends für Februar auf einen Blick



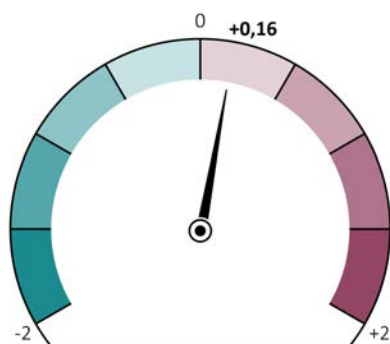
Entwicklung der Gewinnveränderung

Zu Jahresbeginn hellt sich die Lage der Unternehmen deutlich auf: Neben den Umsätzen und Investitionen steigt auch die Gewinnveränderung von Dezember auf Januar – um **+5,27 Prozentpunkte**. Damit liegt sie wieder im positiven Bereich: Die Gewinne steigen im Jahresvergleich.



Wirtschaftspolitik aus Unternehmenssicht

Angesichts drastisch steigender Energiepreise, einer anhaltenden Rohstoffknappheit und dem Stopp von Förderprogrammen sinkt die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik auf einen Befragungstiefstand: Die Veränderung zum Dezember beträgt **-0,14 Punkte**.



Risiko von Unternehmensschließung

Die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit steigt im Januar um **+0,16 Prozentpunkte**. In den Krisenbranchen, darunter die Gastronomie und das Gastgewerbe, liegt das Risiko der Unternehmensschließung im Januar weiterhin bei mehr als 20 %. Trotz wieder steigender Gewinne ist die Krise nicht ausgestanden.

TEIL I

Aktuelle Daten zur betriebswirtschaftlichen Situation von Unternehmen in Deutschland

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über die aktuellen Daten des GBP zu Unternehmen in Deutschland. Die Darstellung der unternehmerischen Lage umfasst vier feste thematische Schwerpunkte. Sie dienen als zentrale Indikatoren, deren Entwicklung im Zeitverlauf verfolgt und verglichen werden kann:

1. Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen
2. Unternehmerische Entscheidungen
3. Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche
4. Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik



Die Ergebnisse in Teil I dieses Berichts basieren auf der GBP-Unternehmensstudie aus dem Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis 31. Januar 2022. In diesem Zeitraum wurden mehr als 5.600 vollständig abgeschlossene Interviews geführt und ausgewertet. Die befragten Unternehmen decken mehr als 80 Branchen (Zweistellerebene der WZ2008) ab. Die monatlichen Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

Schwerpunkt 1

Erwartete Umsatz-, Gewinn- und Investitionsveränderungen Betriebswirtschaftliche Kennzahlen

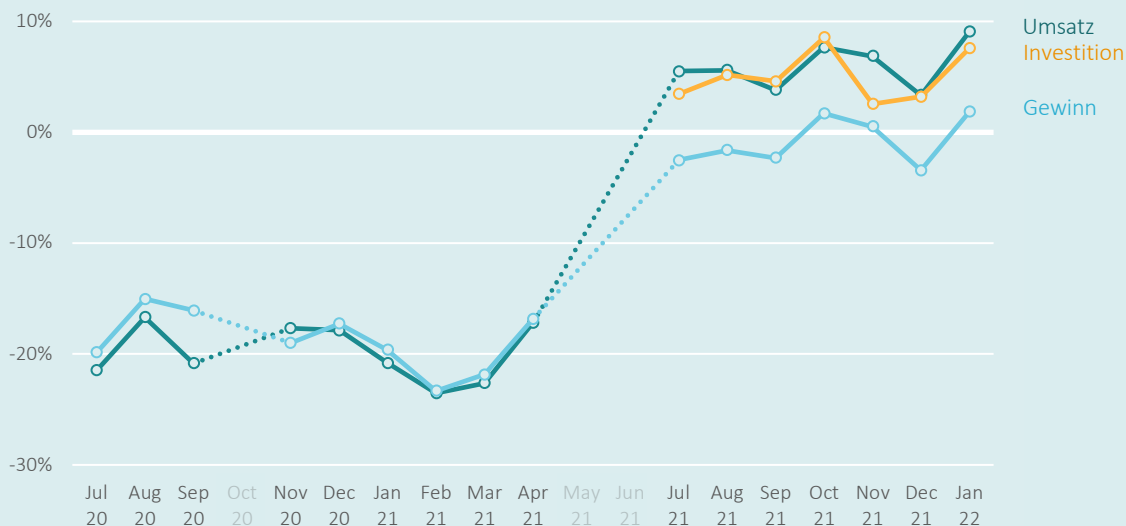
Nachdem sich die wirtschaftliche Lage der deutschen Unternehmen zu Ende des vergangenen Jahres deutlich verschlechterte, hellt sich die Stimmung im Januar wieder auf: Im Vergleich zum Vormonat steigen die Änderungsraten aller Indikatoren (Umsätze, Gewinne und Investitionen) deutlich an.

Während Umsätze und Investitionen im Vergleich zum Vorjahresmonat beträchtlich zulegen (+9,08 % bzw. +7,58 %), erwarten die Unternehmer für das neue Jahr 2022 im Mittel nun auch wieder wachsende Gewinne (+1,85 %). Auch auf die betriebswirtschaftliche Situation der Unternehmen wirkt sich die Omikron-Welle insofern milder aus als die vorangegangenen Infektionswellen. Die positive Entwicklung aller Indikatoren spiegelt die Hoffnung vieler Unternehmen auf ein Ende der Corona-Maßnahmen und eine Rückkehr zum regulären Geschäftsbetrieb wider.

Tabelle I-1: Positive Entwicklung bei Umsatz, Gewinn und Investitionen

In % im Vergleich zum Vorjahresmonat	Umsatz- veränderung	Gewinn- veränderung	Investitions- veränderung
Januar 2022	+9,08	+1,85	+7,58
Dezember 2021	+3,35	-3,42	+3,21
November 2021	+6,88	+0,51	+2,55

Abbildung I-1: Die Gewinne wachsen im Januar erstmals wieder



Schwerpunkt 2

Unternehmerische Entscheidungen

Managementindikator

Die deutliche Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Situation im Januar schlägt sich auch konkret in der unternehmerischen Entscheidungsplanung nieder: Im Vergleich zum Vormonat plant ein höherer Anteil an Unternehmen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu steigern, anstatt sie zu senken (Anstieg des Saldos um +1,2 Punkte). Obwohl zu Jahresbeginn auch der Anteil an Unternehmen, die Ausschüttungen reduzieren wollen, um 5,5 Punkte abnimmt, liegt der betreffende Indikator weiterhin im negativen Bereich, da nur wenige Unternehmen bereits beginnen, die Ausschüttungen wieder zu erhöhen.

Gleichzeitig steigen die Indikatoren sowohl für Preis- als auch für Kostenentwicklungen an. Die Preiserhöhungen kommen sogar auf einen Aufzeichnungshöchstwert: Während nur 3,7 % der Unternehmen ihre Preise innerhalb der kommenden 12 Monate senken wollen, planen 65,3 % mit Preiserhöhungen. Die Unternehmen beabsichtigen also zunehmend, steigende Anschaffungs- und Herstellungskosten entlang der Wertschöpfungskette an die eigenen Kunden weiterzugeben.

Tabelle I-2a: Die Unternehmen planen im Januar vermehrt mit Kosten- und Preiserhöhungen

Entscheidungsplanung (Saldo Erhöhung & Reduzierung)	November 2021	Dezember 2021	Januar 2022
Forschung und Entwicklung	+15,5	+14,3	+15,5
Fixkosten	+17,3	+12,6	+18,0
Ausschüttungen und Entnahmen	-9,0	-18,5	-11,4
Preise	+58,6	+59,4	+61,6

Ermittlung des Scores: Aus dem Anteil der Unternehmen, welche die betreffende Position erhöhen oder senken wollen (siehe unten), wird der Saldo berechnet. Angaben, die keine Veränderung anzeigen, bleiben hier unberücksichtigt.

Tabelle I-2b: Belegung der Antwortkategorien im Januar 2022 (vs. Dezember 2021)

Anteil (in %)	Senkung	Keine Änderung	Erhöhung
Forschung und Entwicklung	9,2 (-1,2)	66,2 (+1,3)	24,7 (+0,0)
Fixkosten	21,7 (-1,2)	38,6 (-3,4)	39,7 (+4,6)
Ausschüttungen und Entnahmen	26,2 (-5,5)	59,0 (+3,8)	14,8 (+1,6)
Preise	3,7 (-1,5)	31,0 (+0,8)	65,3 (+0,7)

Schwerpunkt 3

Erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit in der Branche

Indikator für Unternehmenskrisen

Obwohl sich die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen zu Jahresbeginn im Mittel deutlich aufhellen, ist die Unsicherheit am Markt unverändert hoch: Im Januar liegt der Anteil an Unternehmen, die nach Einschätzung von Wettbewerbern aus derselben Branche innerhalb des kommenden Jahres aus der Geschäftstätigkeit ausscheiden, bei 13,3 % (+0,1 Punkte).

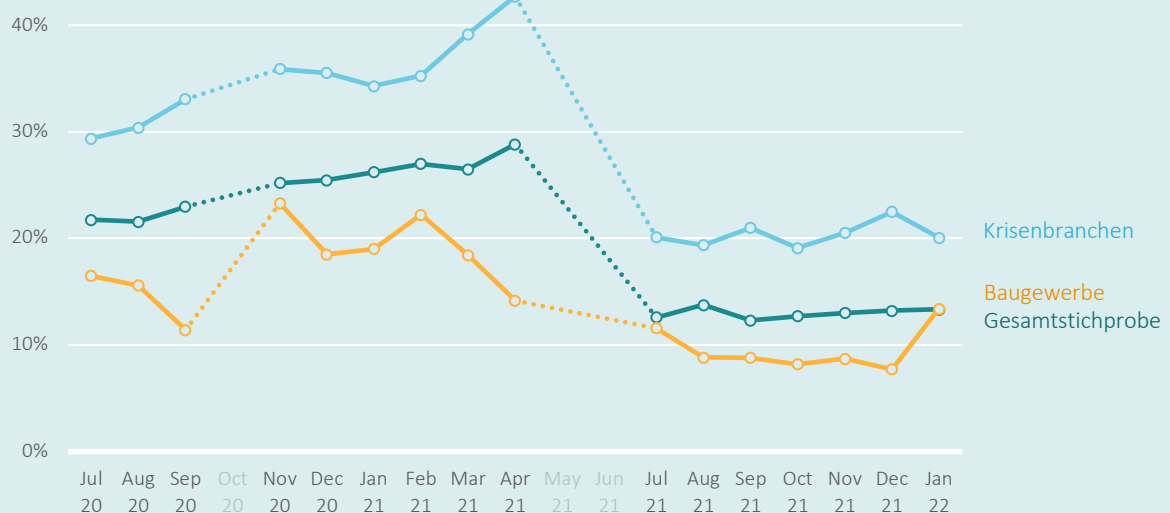
Besonders kritisch bleibt die Lage dabei in denjenigen Branchen, die bereits von Ladenschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns im November und Dezember 2020 betroffen waren: Trotz eines Rückgangs um 2,4 Punkte relativ zum Dezember 2021 liegt die erwartete Ausfallwahrscheinlichkeit hier zu Jahresbeginn immer noch bei 20,1 %. Darüber hinaus sticht auch das Baugewerbe hervor – mit einem ausgeprägten Anstieg der Ausfallwahrscheinlichkeit um 5,7 Punkte. In dieser Branche hat der angekündigte Stopp von KfW-Förderungen für energieeffizientes Bauen im Januar für erhebliche Unsicherheit gesorgt.

Tabelle I-3: Der Indikator für Unternehmenskrisen bleibt im Januar beinahe unverändert

Ausfall-wahrscheinlichkeit	Gesamtstichprobe / alle Branchen	Handel	Verarbeitendes Gewerbe	Krisen-branchen*	Baugewerbe
Januar 2022	13,3 %	14,2 %	11,7 %	20,1 %	13,4 %
Dezember 2021	13,2 %	13,5 %	12,6 %	22,5 %	7,7 %
November 2021	13,0 %	14,4 %	14,1 %	20,5 %	8,7 %

* Zusammenfassung der von den November- und Dezemberschließungen 2020 betroffenen Wirtschaftszweige.

Abbildung I-3: Im Baugewerbe steigt die Ausfallwahrscheinlichkeit



Schwerpunkt 4

Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik

Wirtschaftspolitischer Index

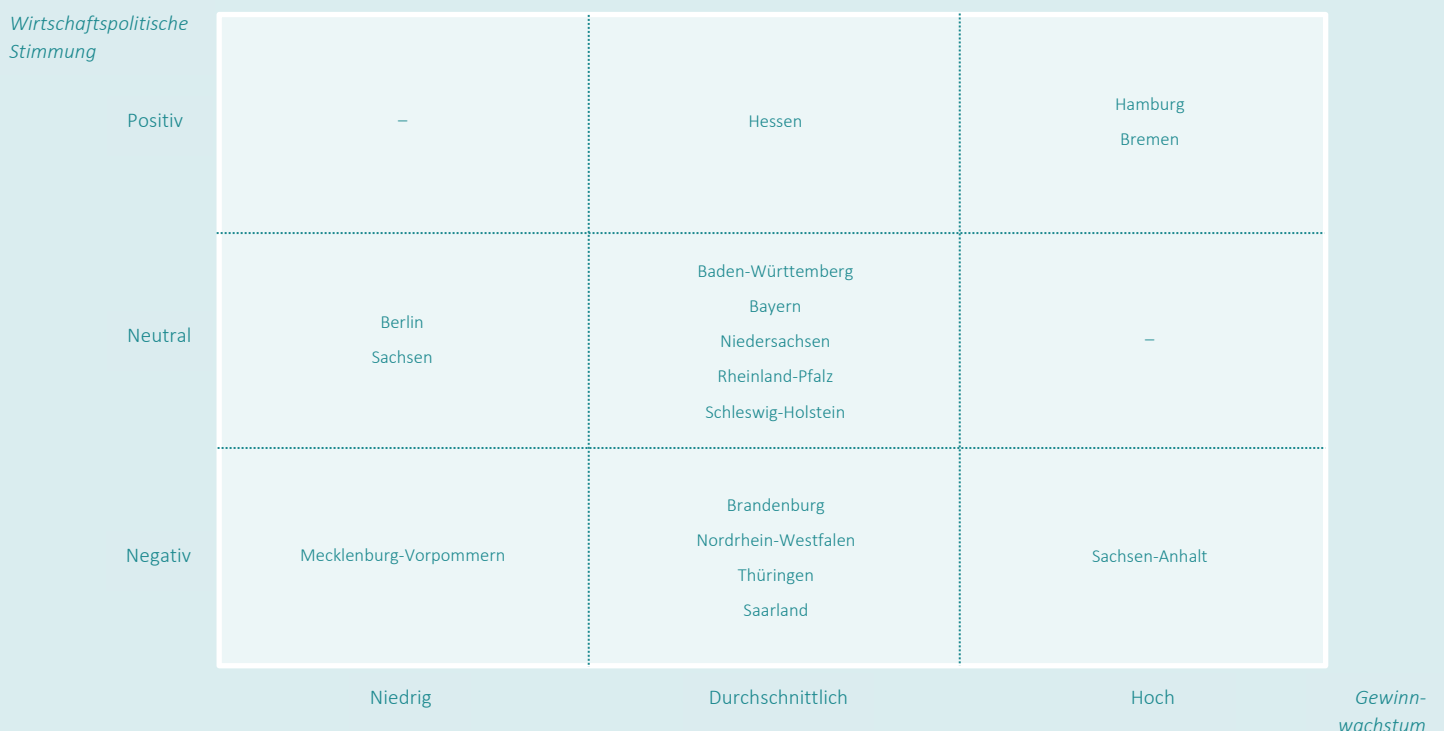
Trotz einer durchschnittlichen Verbesserung der betriebswirtschaftlichen Lage sinkt die Zufriedenheit von Unternehmen mit der Wirtschaftspolitik im Januar auf einen Befragungstiefstwert. Angesichts anhaltender Rohstoffknappheit und stark steigender Energiepreise sowie öffentlicher Diskussionen um die Förderprogramme des Bundes bewerten Unternehmen die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung im Januar mit lediglich 3,97 Punkten (auf der 11-Punkte-Skala). Demgegenüber steigt die Zufriedenheit mit der Coronapolitik im Januar auf 4,30 Punkte.

Abbildung I-4 stellt das Verhältnis der wirtschaftlichen Zufriedenheit und des Gewinnwachstums auf Bundesländerebene dar. Den Vergleichsmaßstab der wirtschaftspolitischen Stimmung und der Unternehmensprofitabilität bildet dabei der jeweilige Bundesdurchschnitt im Zeitraum von Juli 2021 bis Januar 2022.

Tabelle I-4: Die Zufriedenheit mit der Wirtschaftspolitik sinkt auf einen Befragungstiefststand

Zufriedenheitsindex (0-10)	November 2021	Dezember 2021	Januar 2022
Wirtschaftspolitik	4,09	4,11	3,97
Coronapolitik	4,28	4,07	4,30

Abbildung I-4: Die regionale Aufgliederung zeigt den Zusammenhang zwischen Gewinnveränderungen und der wirtschaftspolitischen Stimmung



TEIL II

Staatshilfen in der Corona-Krise: Inanspruchnahme, Bedarfsdeckung und Rückzahlung

Jeden Monat berichten wir in diesem Abschnitt über Auswertungen der Daten des GBP zu besonders aktuellen Fragen. In diesem Monat beleuchten wir das staatliche Maßnahmenpaket zur Unterstützung der durch die Corona-Krise belasteten Unternehmen und ziehen eine vorläufige Bilanz während der aktuellen Omikron-Welle:

1. Welcher Anteil der deutschen Unternehmen hat bisher in der Pandemie Hilfsmaßnahmen erhalten? Welche Hilfen wurden (wann) in Anspruch genommen?
2. Reichen die Hilfen zur Bedarfsdeckung und zum Fortbestand über die Krise hinaus aus?



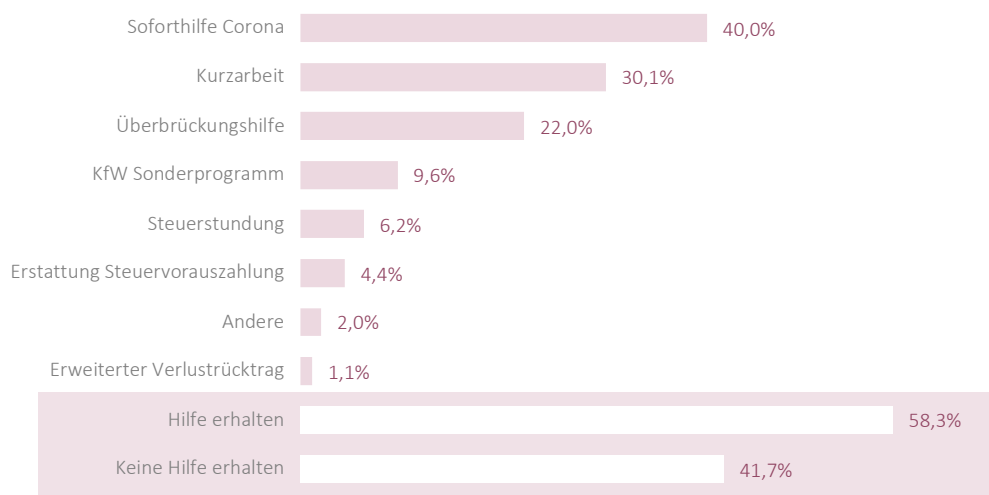
Die Ergebnisse in Teil II dieses Berichts basieren unter anderem auf der GBP-Sonderbefragung aus dem Zeitraum vom 28. Dezember 2021 bis 31. Januar 2022. Die Daten sind anhand der Gesamtheit aller in Deutschland tätigen Unternehmen hinsichtlich Industriezugehörigkeit und Mitarbeiteranzahl gewichtet, sodass sie der Verteilung der Unternehmen aus dem Unternehmensregister des Statistischen Bundesamts entsprechen.

1. Knapp 60 % der Unternehmen haben Staatshilfen erhalten

Seit Ausbruch der Corona-Krise hat die deutsche Bundesregierung eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen angeboten, um die negativen Auswirkungen der Pandemie abzufedern. Das Angebot der staatlichen Hilfsprogramme reicht dabei von steuerlichen Maßnahmen über Garantien und Bürgschaften bis hin zu finanziellen Hilfen, die als Kredit oder Kostenzuschuss gewährt wurden.

Abbildung II-1 stellt dar, welcher Anteil der deutschen Unternehmen im Verlauf der Krise solche staatlichen Hilfen in Anspruch genommen hat. Insgesamt geben 58,3 % der befragten Unternehmen an, während der Pandemie Unterstützungsleistungen erhalten zu haben. Die unmittelbar zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 eingeführte Soforthilfe Corona wurde dabei von 40 % der befragten Unternehmen und damit am häufigsten bezogen. Zusätzlich haben während der Pandemie bislang etwa 30 % der Unternehmen Mitarbeiter in Kurzarbeit geschickt und ihre Lohnkosten dadurch temporär reduziert. Die Überbrückungshilfe, welche die Soforthilfe ablöste und gerade bis Ende März 2022 verlängert wurde, haben bisher 22 % der Unternehmen in Deutschland erhalten. Beinahe 10 % der Befragten haben von Schnellkrediten und Sonderkonditionen der deutschen Förderbank KfW profitiert. Demgegenüber wurden steuerliche Hilfen nur selten beansprucht.

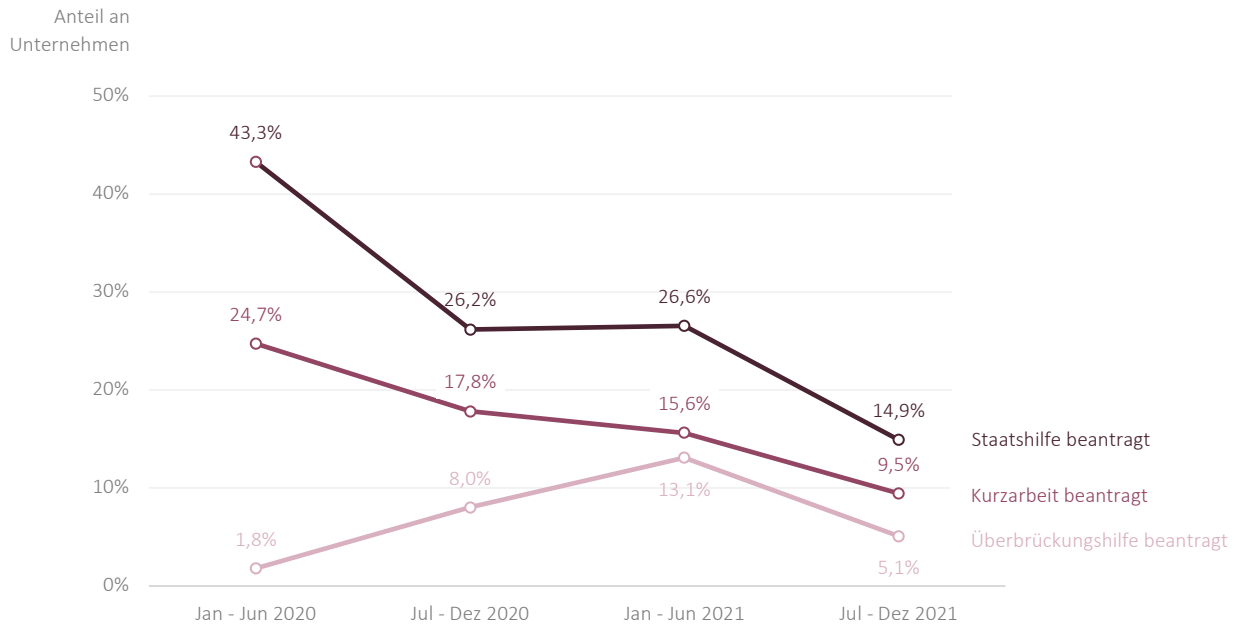
Abbildung II-1: Welcher Anteil deutscher Unternehmen hat Staatshilfen erhalten?



Während also insgesamt knapp 60 % der deutschen Unternehmen wenigstens eine Unterstützungsleistung erhalten haben, zeigen die Daten des GBP, dass ganze 56 % der Befragten sogar zwei oder mehr Hilfsmaßnahmen in Anspruch genommen haben. Doch wie entwickelt sich der Anteil an Unternehmen, die staatliche Hilfen beziehen, über den Verlauf der Pandemie?

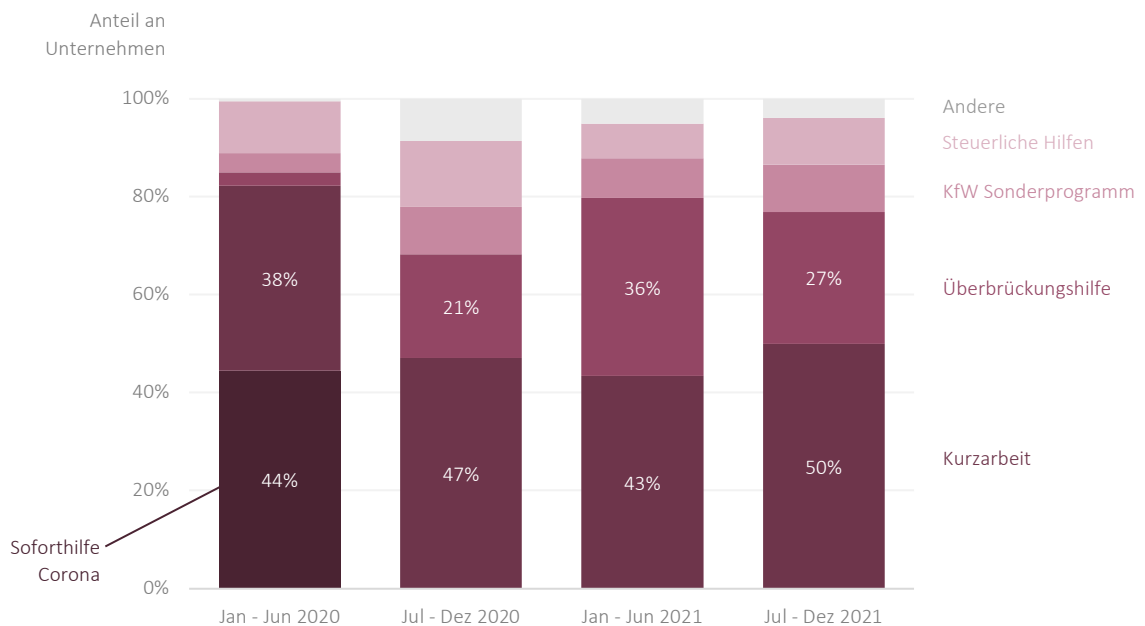
Abbildung II-2 zeigt die Beantragung von Hilfen im Zeitverlauf und verdeutlicht, dass der Anteil an Unternehmen, die Staatshilfe angefordert haben, im Laufe der Pandemie abnimmt. Während bei Ausbruch der Pandemie im ersten Halbjahr 2020 noch mehr als 40 % der Unternehmen Hilfen beantragt haben, gilt dies in der zweiten Jahreshälfte 2021 nur noch für knapp 15 %. Ein ähnlicher Trend zeigt sich mit Blick auf die Anmeldung von Kurzarbeit: Hier ist ein Rückgang von 25 % bei Pandemiebeginn auf etwa 10 % im zweiten Halbjahr 2021 zu verzeichnen. Die Überbrückungshilfe wurde von 13,1 % der deutschen Unternehmen demgegenüber im ersten Halbjahr 2021 am häufigsten beantragt und in der zweiten Jahreshälfte 2021 nur noch von 5,1 % der befragten Unternehmen angefordert.

Abbildung II-2: Wann wurden die Staatshilfen beantragt?



Wie sich die beantragten Hilfsmaßnahmen über die letzten zwei Jahre im Detail zusammensetzen, ist in **Abbildung II-3** illustriert. Die Darstellung gibt an, welchen Anteil die jeweiligen Maßnahmen an der Gesamtheit aller Hilfsanträge eines Halbjahrs haben. So zeigt sich, dass bei Ausbruch der Pandemie 44 % der beantragten Begünstigungen die Soforthilfe Corona betrafen. Nachdem diese Maßnahme im ersten Halbjahr 2020 jedoch eingestellt wurde, hat die Überbrückungshilfe als Nachfolgeinstrument an Bedeutung gewonnen und auf ihrem Zenit im ersten Halbjahr 2021 mehr als ein Drittel aller beantragten Hilfen ausgemacht. In der zweiten Jahreshälfte 2021 gilt mittlerweile jeder zweite Hilfsantrag der Anmeldung von Kurzarbeit.

Abbildung II-3: Wie setzten sich die beantragten Staatshilfen in den verschiedenen Phasen der Pandemie zusammen?



2. Immer noch fast 30 % der Unternehmen halten die Hilfen für nicht ausreichend, um die Krise zu überstehen

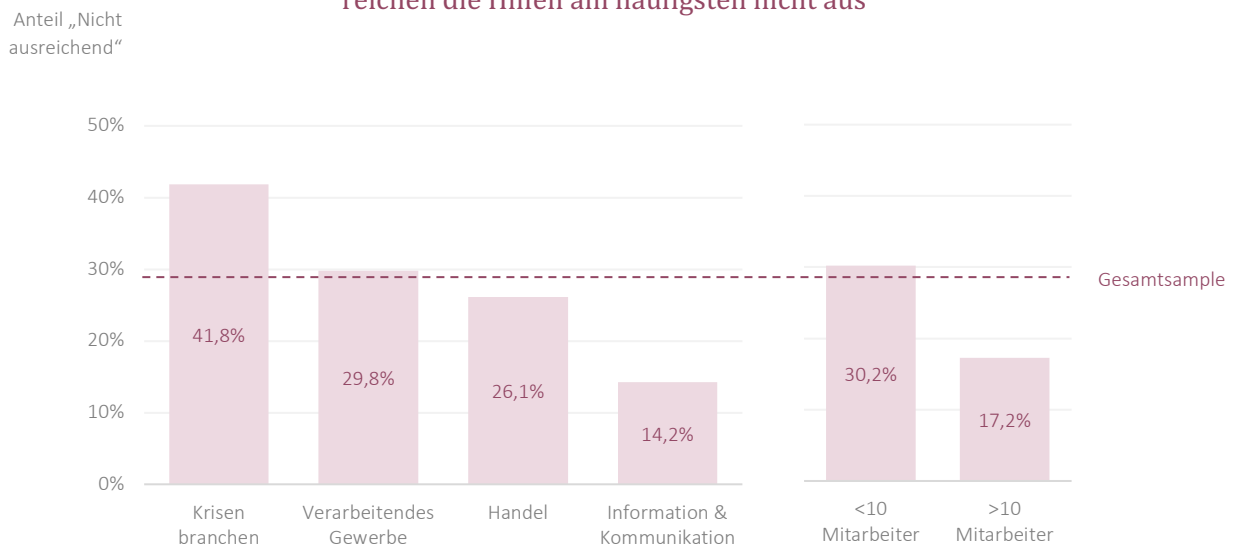
Nach Verlängerung der Überbrückungshilfe IV bis Ende März 2022 wird darüber beraten, wie (und ob) das System der Staatshilfen für von der Krise beeinträchtigte Unternehmen über den Sommer 2022 weitergeführt werden soll. Dass allerdings weiterhin ein beträchtlicher Teil von Unternehmen weitere Hilfen für notwendig erachtet, verdeutlicht **Abbildung II-4**: Im Januar 2022 geben immer noch mehr als 28 % der Unternehmen an, dass die momentan bereitstehenden Staatshilfen nicht ausreichen, um die Corona-Krise zu überstehen. Zwar erachten mit 44 % deutlich mehr Befragte die Unterstützungsmaßnahmen als ausreichend, der beträchtliche Anteil unentschlossener Unternehmen (28 %) unterstreicht jedoch die hohe Unsicherheit am Markt in der aktuellen Omikron-Welle.

Abbildung II-4: Sind die Staatshilfen ausreichend?



Ob die Hilfen für ausreichend gehalten werden, variiert allerdings je nach Wirtschaftszweig und Unternehmensgröße mitunter stark. **Abbildung II-5** verdeutlicht, dass der Bedarf an weiteren Hilfen in den Krisenbranchen, darunter insbesondere im Gastgewerbe und der Gastronomie, deutlich über dem Durchschnitt liegt. Demgegenüber liegt das Erfordernis weiterer Unterstützungsleistungen bei Betrieben im Bereich von Information und Kommunikation sowie bei mittleren und großen Unternehmen unter dem Gesamtdurchschnitt von 28,5 %.

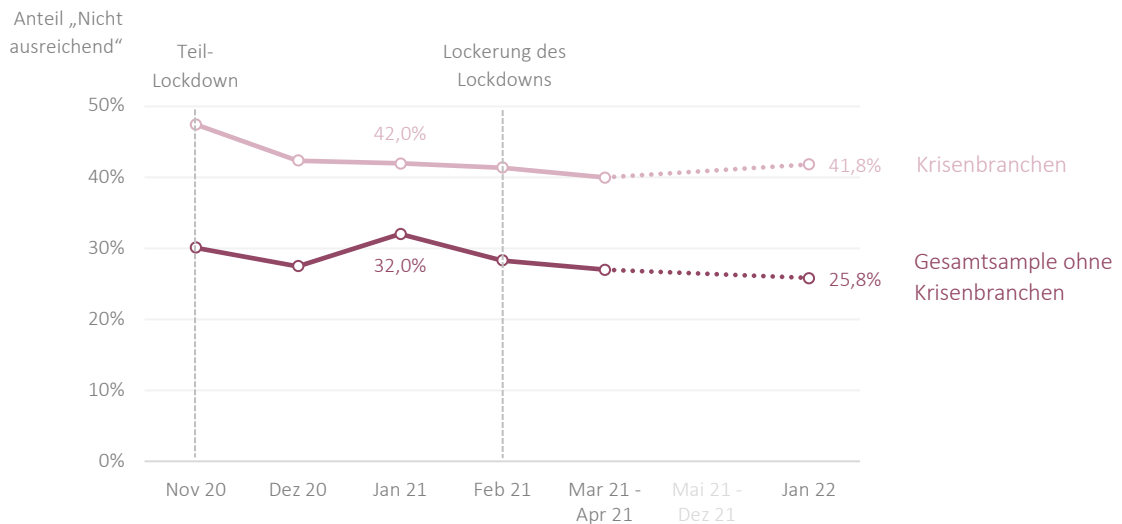
Abbildung II-5: Für kleine Unternehmen in den Krisenbranchen reichen die Hilfen am häufigsten nicht aus



Im Januar 2022 halten also mehr als 40 % der Unternehmen in denjenigen Branchen, die im November und Dezember 2020 von Geschäftsschließungen im Zuge des Teil-Lockdowns betroffen waren, die Staatshilfen zur Sicherstellung des Unternehmensfortbestands für nicht ausreichend. **Abbildung II-6** stellt diesen Wert in zeitlichen Zusammenhang und verdeutlicht einen recht konstanten Bedarf an Unterstützungsleistungen in der Pandemie.

Insbesondere liegt der Anteil der Unternehmen in den Krisenbranchen, der die Staatshilfen für nicht ausreichend erachtet, im Januar 2022 auf nahezu gleichem Niveau wie ein Jahr zuvor. Außerhalb der Krisenbranchen geht der Bedarf hingegen zurück und ist innerhalb eines Jahres leicht von 32 % im Januar 2021 auf 26 % im Januar 2022 gesunken. Die Schere zwischen den besonders stark und den eher schwach von der Krise betroffenen Unternehmen weitet sich im Pandemieverlauf mithin deutlich. In Branchen, die in der Corona-Pandemie von Geschäftsschließungen und anderen Einschränkungen des Geschäftsbetriebs betroffen waren, ist der Bedarf nach weiteren Unterstützungsleistungen besonders hoch.

Abbildung II-6: Aufgliederung des Bedarfs über die Zeit



Was bedeutet es allerdings konkret für betriebliche Entscheidungen und politische Zufriedenheitsmaße, wenn Staatshilfen als nicht ausreichend empfunden werden?

Tabelle II-1: Einfluss der Bedarfsdeckung auf Entscheidungsplanung und Zufriedenheit

Entscheidungsplanung (Anteil in %)	Staatshilfen sind ausreichend	Staatshilfen sind nicht ausreichend
Reduzierung von Forschung und Entwicklung	4,5 %	23,8 %
Reduzierung von Fixkosten	14,6 %	40,0 %
Erhöhung von Preisen	58,9 %	74,5 %
Durchschnittliche Bewertung (Skala 0-10)		
Zufriedenheit mit Wirtschaftspolitik	4,4	2,5
Zufriedenheit mit Coronapolitik	5,1	2,8
Bewertung der Einschränkungen des öffentlichen Lebens	7,7	5,7

Tabelle II-1 zeigt auf, dass Unternehmen, welche die Notwendigkeit zusätzlicher Staatshilfen bekunden, im Vergleich zu Unternehmen mit ausreichender Unterstützung von staatlicher Seite eher planen, Ausgaben für Forschung und Entwicklung zu kürzen,

Fixkosten zu reduzieren und Preise zu erhöhen. Durch eine Drosselung von Investitionen und den Abbau von Arbeitsplätzen treffen Unternehmen also vermehrt Entscheidungen zu Gunsten der unmittelbaren Liquiditätssicherung, aber zu Lasten der Zukunft. Das Ungleichgewicht der staatlichen Hilfsprogramme hat hier reale betriebswirtschaftliche Konsequenzen.

Ob das bestehende System von Unterstützungsleistungen als genügend empfunden wird, beeinflusst zudem die Bewertung der Wirtschaftspolitik und des Krisenmanagements stark: Unternehmen, die weiterer Hilfen bedürfen, sind mit der Wirtschafts- und Coronapolitik deutlich unzufriedener als Unternehmen, die angeben, keine weiteren Hilfen zu benötigen. Die Differenz beträgt 2 Punkte auf der 11-Punkte-Skala. Unzufriedenheit mit den Staatshilfen gefährdet auch ganz konkret die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen: Unternehmen, die befürchten, die Krise ohne weitere Hilfen nicht zu überstehen, halten die Einschränkungen des öffentlichen Lebens während der Omikron-Welle deutlich seltener für gerechtfertigt (5,7 versus 7,7 auf der 11-Punkte-Skala).

Die Ergebnisse in diesem Dokument basieren auf den Auswertungen der Corona-Befragung des German Business Panel. Sie werden fortlaufend erweitert und aktualisiert. Weitere Informationen: www.gbpanel.org

Die methodischen und inhaltlichen Grundlagen der Studie finden Sie in unserem Working Paper:
The German Business Panel: Insights on corporate taxation and accounting during the COVID-19 pandemic
<https://dx.doi.org/10.2139/ssrn.3777306>

Autoren

Projektleitung: Jannis Bischof, Philipp Dörrenberg, Davud Rostam-Afschar, Dirk Simons & Johannes Voget
unter Mitarbeit von: Fabian Eble, Johannes Gaul, Christopher Karlsson, Yuhan Liu, Thomas Simon & Samhitha Srinivas

Universität Mannheim

German Business Panel

Das German Business Panel ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“.

Wir erheben systematisch und repräsentativ, wie Unternehmen unterschiedlicher Größenordnung Fragen der Unternehmenstransparenz einschätzen. Erhoben wird auch, wie sich die zunehmende Bereitstellung von Informationen sowie die zunehmende Regulierung in den Bereichen Rechnungswesen und Besteuerung auf Entscheidungen in Unternehmen und die Öffentlichkeit auswirken. Als umfassendes, langfristig angelegtes Befragungspanel liefern wir Daten in einer bisher nicht dagewesenen Qualität für die Forschung zu Unternehmenstransparenz und tragen dazu bei, Regulierung und Wirtschaft zu verbessern. Das German Business Panel ist Teil des Sonderforschungsbereichs „TRR 266 Accounting for Transparency“.

Leitung des German Business Panel:

Principal Investigators
wissenschaftliche Projektleitung:



Prof. Dr. Jannis Bischof
Universität Mannheim
jbischof@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Dirk Simons
Universität Mannheim
simons@uni-mannheim.de



Prof. Dr. Johannes Voget
Universität Mannheim
voget@uni-mannheim.de

Research Fellow
wissenschaftliche Begleitung:



Prof. Dr. Philipp Dörrenberg
Universität Mannheim
doerrenberg@uni-mannheim.de

Scientific Project Manager
*wissenschaftliches Konzept- und
Projektmanagement:*



Dr. Davud Rostam-Afschar
Universität Mannheim
rostam-afschar@uni-mannheim.de

www.gbpanel.org | gbpinfo@mail.uni-mannheim.de

TRR 266 Accounting for Transparency



Der TRR 266 Accounting for Transparency ist ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter überregionaler Sonderforschungsbereich.

Unser Team von engagierten Forschenden untersucht, wie Rechnungswesen und Besteuerung die Transparenz von Unternehmen beeinflussen und wie sich Regulierungen und Unternehmenstransparenz auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken. Ziel ist es, eine wirksame Regulierung für Unternehmenstransparenz und ein transparentes Steuersystem zu entwickeln. In unserer eigenen Forschung gewährleisten wir die Transparenz ebenfalls.

Am TRR 266 sind mehr als 80 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler beteiligt von den Hauptstandorten: Universität Paderborn (Sprecherhochschule), Humboldt-Universität zu Berlin und Universität Mannheim, zudem Forscherinnen und Forscher von der Ludwig-Maximilians-Universität München sowie der ESMT Berlin, der Frankfurt School of Finance & Management, der Goethe-Universität Frankfurt am Main, der WHU- Otto Beisheim School of Management und der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

www.accounting-for-transparency.de | trr266@mail.uni-paderborn.de

Das **German Business Panel** ist ein langfristiges Befragungspanel des DFG-geförderten überregionalen Projektes „Accounting for Transparency“



SFB/Transregio 266

**ACCOUNTING FOR
TRANSPARENCY**

DFG Deutsche
Forschungsgemeinschaft

Gefördert durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) – Collaborative Research Center (SFB/TRR) Project-ID 403041268 – TRR 266 Accounting for Transparency